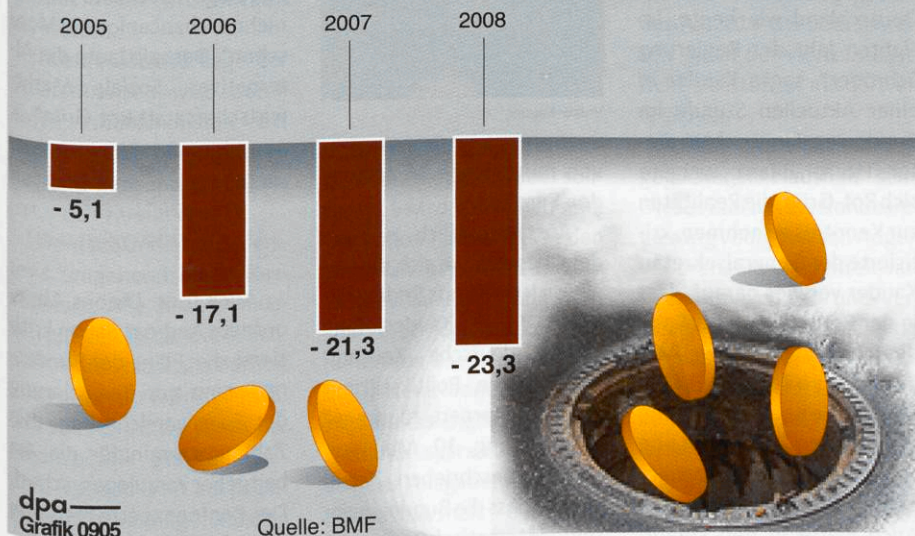


Löcher in den Steuercassen

Geschätzte Steuerausfälle in den Jahren 2005 bis 2008
gegenüber den letzten Steuerschätzungen: insgesamt 66,8 Milliarden Euro



Steuerschätzung

Rot-Grün fährt das Land an die Wand!

Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch:

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird immer dramatischer. Das ist das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung. Bis Ende 2008 sind Steuerausfälle für den Gesamtstaat von 66,8 Mrd. €

zu erwarten, hiervon muss allein der Bund über 39 Mrd. € Steuermindereinnahmen verkraften. Allein für das laufende Jahr beläuft sich der Fehlbetrag beim Bund auf 3,5 Milliarden Euro. Damit wird auch in diesem Jahr die Nettokreditaufnahme die

Verfassungsgrenze des Art. 115 GG überschreiten und auch der vierte Verstoß gegen den Euro-Stabilitätspakt ist mittlerweile sicher. Rot-Grün verspielt die Zukunft des Landes.

Mehr zum Thema ab Seite 2.

Aktuelle Stunde

„Soziale Marktwirtschaft statt Rot-Grün“

CDU-Generalsekretär Volker Kauder hat mit der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Koalition abgerechnet.

„Noch nie seit dem Bestehen der Bundesrepublik gab es so viele Arbeitslose in Deutschland wie heute, im siebten Jahr der Regierung Schröder“, sagte Kauder in einer Aktuellen Stunde im Bundestag. Ungeachtet dieser Horror-Bilanz weigere sich Rot-Grün, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, kritisierte der Generalsekretär. Kauder verwies darauf, dass in der Rentenkasse bis Ende des Jahres mehr als zwei Milliarden Euro fehlen würden, obwohl die Koalition in ihren öffentlichen Prognosen von Mehreinnahmen in Millionenhöhe ausgegangen sei. Auch klaffe in den staatlichen Kassen nach Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzung bis 2008 ein Finanzloch von über 66,8 Milliarden Euro. Der Generalsekretär wörtlich: „Das ist das größte Haushaltsloch in der Geschichte unseres Landes“. Allein im Bundeshaushalt gebe es auf Grund der geschönten Annahmen von Finanzminister Hans Eichel konkrete Risiken „in Höhe



Volker Kauder

von mindestens 16 Milliarden Euro“.

Anstatt endlich zu handeln, beschränke sich die Koalition jedoch aufs Reden, betonte Volker Kauder. Eine „große deutsche Zeitung“ habe diesen Politikstil mit „tricksen, tarnen, täuschen“ (Bild-Zeitung, 10. Mai) vortrefflich beschrieben. Tatsache sei, dass die Bundesregierung systematisch Prognosen abgebe, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Ausbaden müssten diese Politik vor allem die Unternehmen, die wie der Plan der Regierung vorsehe, die Sozialversicherungsbeiträge zwei Wochen früher an die Sozialkassen abführen müssten.

Mit Sozialer Marktwirtschaft habe die rot-grüne Politik nichts mehr zutun, unterstrich der Generalsekretär.

Das glatte Gegenteil sei der Fall. Während das Modell der Sozialen Marktwirtschaft „Wohlstand für alle“ bedeute, mache die Bundesregierung die Menschen ärmer. So spalte die Koalition das Land in wenige Reiche und „immer mehr chancenlose Menschen“. Deshalb laute die Alternative: „Soziale Marktwirtschaft statt Rot-Grün“.

Strukturelle Unterfinanzierung

Auch der Unions-Abgeordnete Andreas Storm kritisierte die Pläne der Bundesregierung zur Finanzierung der Sozialversicherung, den Zahlungstermin für die Arbeitgeber vorzulegen, scharf. Der Rentenexperte rechnete der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, vor, wie katastrophal sich die Rentenfinanzen unter ihrer Verantwortung entwickelt hätten. Nullrunden für die Rentnerinnen und Rentner und kurzfristige Finanzierungsmaßnahmen könnten über die strukturelle Unterfinanzierung der Rentenversicherung nicht hinwegtäuschen, ist Storm überzeugt.

In den Staatsbankrott mit Rot-Grün

Nach den aktuellen Zahlen der Steuerschätzer ist die Haushaltslage dramatisch:

Bis Ende 2008 sind Steuerausfälle für den Gesamtstaat von 66,8 Mrd. € zu erwarten, hiervon muss allein der Bund über 39 Mrd. € Steuermindereinnahmen verkraften.

Die desaströse Lage der Staatsfinanzen wird durch einen Finanzminister, der jeglichen Überblick verloren hat und konzeptlos umherirrt, noch verstärkt.

Deutschland braucht erstens umgehend einen Kasensturz. Alle Risiken müssen auf den Tisch. Die Prinzipien von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit müssen wieder ins Zentrum der Finanzpolitik gerückt werden. Das bedeutet auch: Der Haushaltsplanung müssen wieder realistische Annahmen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zugrunde gelegt werden. Realismus statt Hoffnung – das muss wieder das Prinzip einer soliden Finanz- und Haushaltsplanung werden.

Zweitens sind eine Haushaltssperre und ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2005 zwingend erforderlich. Nur so ist es möglich, kurzfristige Entlastung zu schaffen



Michael Meister

und erste Ausgaben senken umzusetzen. Dabei sollten rd. 5 Mrd. € möglich sein. Die Union hat bereits in den Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2005 Einsparvorschläge in einem Volumen von 8 Mrd. € gemacht.

Drittens brauchen wir ein Haushaltssicherungs- oder Haushaltsstrukturgesetz, um das Ausgabeniveau im Bundeshaushalt dauerhaft den gesunkenen Einnahmeperspektiven anzupassen. 39 Mrd. € Mindereinnahmen bis 2008, da kann man nicht mehr weiterwerken wie bisher. Wir können es uns mit Blick auf zukünftige Generationen nicht länger erlauben, immer neue Schulden aufzuhäufen. Wir verlieren im übrigen auch zunehmend Gestaltungsspielräume im aktuellen Haushalt. Bereits heute muss je-

der fünfte Steuer-Euro für Zinsen ausgegeben werden.

Zusammen mit den Steuerausfällen belaufen sich die Haushaltsrisiken in diesem Jahr auf mindestens 15 Mrd. €. Damit wird auch in diesem Jahr die Nettokreditaufnahme die Verfassungsgrenze des Art. 115 GG überschreiten. Auch der vierte Maastricht-Verstoß ist mittlerweile sicher.

Unser Ziel muss ein ausgeglichener Haushalt sein. Dieses Ziel hat die Bundesregierung völlig aus den Augen verloren. Sie wurschtelt nur noch vor sich hin und versucht – perspektivlos – mit Einmalmaßnahmen bis zum Wahltag über die Runden zu kommen. Dieses Vorgehen ist schädlich, weil sie damit die Konsolidierung des Haushalts verschleppt. Die Verzweiflung der Bundesregierung gipfelt in ihren Vorschlägen, Forderungen in der Zukunft bereits heute mit hohen Abschlägen zu verkaufen. Dies spült kurzfristig Geld in die Kasse, die langfristigen Verpflichtungen müssen dann andere tragen, ganz nach dem Motto: Nach mir die Sintflut!

Michael Meister ist Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Eichel setzt Geisterfahrt fort

Die Milliardenlöcher, die nach der jüngsten Steuerschätzung auf den Bundeshaushalt zukommen, entlarven den Bundesfinanzminister einmal mehr als unbelehrbaren finanzpolitischen Geisterfahrer.

Die jüngsten Meldungen über eine eventuelle Veräußerung von Unternehmenskrediten zeigen, dass im Bundesfinanzministerium die nackte Verzweiflung regiert. Der Bundesfinanzminister ist Lichtjahre von einer seriösen Haushaltspolitik entfernt. Statt einer ehrlichen Bestandsaufnahme und ernsthafter Sparmaßnahmen wird der Mangel weiter verwaltet. Rot-Grün versucht nur noch, bis zur nächsten Bundestagswahl irgendwie über die Runden zu kommen.

Das Ergebnis der Steuerschätzung bestätigt die Kritik der Union am Haushaltsgebaren des Bundesfinanzministers. Systematisch werden Jahr für Jahr die zugrunde gelegten Wachs-



Steffen Kampeter

tumsannahmen geschönt mit der Folge gigantischer Schätzabweichungen.

Schuld an den Milliardenausfällen sind deshalb nicht die Experten. Jede Steuerschätzung ist nur so gut, wie die volkswirtschaftlichen Daten, auf deren Basis sie erstellt wird. Die Strategie von Rot-Grün, die Steuerausfälle den Experten in die Schuhe zu schieben, ist nur der schäbige Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Die ganze Dramatik der Haushaltssituation wird offenbar, wenn man die explodierenden Kosten von Hartz

IV mit einbezieht. Allein die Steuermindereinnahmen und die Mehrausgaben für das Arbeitslosengeld II belaufen sich in diesem Jahr auf rd. 13,5 Mrd. €. Bei einer Nettokreditaufnahme von 22,3 Mrd. sowie geplanten Privatisierungserlösen von 22,5 Mrd. € ergibt sich eine zu schließende Lücke zwischen den laufenden Einnahmen und den laufenden Ausgaben im aktuellen Haushalt von fast 60 Mrd. €.

Die Union fordert die Bundesregierung deshalb auf, umgehend einen Nachtragshaushalt vorzulegen, eine Haushaltssperre zu verhängen und – insbesondere für die kommenden Haushaltsjahre – ein Haushaltssicherungsgesetz vorzulegen, mit dem das Ausgabevolumen an die realistischerweise zu erwartenden, deutlich geringeren Einnahmen herangeführt wird.

Steffen Kampeter ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333, Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Haushaltsloch

Rot-Grün fährt das Land an die Wand!

Jetzt liegen die Fakten auf den Tisch: Wieder einmal hat Bundesfinanzminister Eichel versagt. Dem Bund werden bis 2008 über 39 Milliarden Euro weniger Steuern zufließen als bisher angenommen. Allein in diesem Jahr fehlen 3,5 Milliarden Euro. Der Gesamtstaat muss bis 2008 Steuerausfälle von 66,8 Milliarden Euro verkraften.

In den letzten Wochen taumelte Rot-Grün von einer Katastrophe in die andere. Ständig musste die Bundesregierung eigene Prognosen zurücknehmen. Diese Fehlspekulationen haben Folgen:

- **Haushalt vertuscht:** Eichel kann seinen Haushalt nicht halten. Auch 2005 arbeitete er mit Fantasiezahlen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatten. Ihm fehlen jetzt schon bis zu 15 Milliarden Euro. Trotzdem weigert sich Rot-Grün, einen ehrlichen Kassensturz zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger werden getäuscht.
- **Verrechnet beim Wirtschaftswachstum:** Die Bundesregierung hat für 2005 ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent angekündigt. Jetzt prognostiziert sie noch ein Prozent, obwohl die führenden Wirtschaftsinstitute nur noch von 0,7 Prozent Wachstum ausgehen. Das ist nicht nur Statistik! Ein Prozent weniger Wirtschaftswachstum bedeutet 12 Milliarden Euro weniger Staatseinnahmen und 200.000 weniger Arbeitsplätze in Deutschland!
- **Versagt bei der Arbeitslosigkeit:** Ohne Wachstum keine Arbeit. Immer noch sind mehr als 5 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz. Rot-Grün reagiert hilflos und kopflos. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) schafft es nicht, den Menschen Arbeit zu vermitteln. Stattdessen wird eine sündhaft teure Online-Stellenbörse eingerichtet. Kosten: 230 Millionen Euro. Und es wird sich ein neues Logo gestaltet. Die Sorgen und Nöte der Menschen bleiben da auf der Strecke. Die Versprechen der Bundesregierung auf Besserung auf dem Arbeitsmarkt sind nichts wert.
- **Renten verschleudert:** Die Rentenkasse ist geplündert, die Reserven sind fast aufgebraucht. Sie wurden in den letzten vier Jahren um 87 Prozent reduziert. Den Rentnern droht wieder eine neue Nullrunde. Um Zeit zu gewinnen, sollen die Arbeitgeber jetzt bereits im Vormonat die Rentenzahlungen überweisen. Für die Betriebe wirkt das wie eine Sonderabgabe, die ihnen 2006 20 Milliarden Euro Liquidität entzieht. 13 statt 12 Zahlungen im Jahr 2006 sind Gift für viele Betriebe, deren finanzielle Situation ohnehin angespannt ist. Zahlreiche Arbeitsplätze geraten in Gefahr.

Rot-Grün kann nicht regieren, Deutschland gerät ins Schlingern. Die Bundesregierung muss Farbe bekennen und die Fakten klar benennen. Schönfärberei führt nicht weiter. Um Deutschland nach vorn zu bringen, brauchen wir eine ehrliche Analyse.

Besser für die Menschen.

CDU

„Ein historischer Schritt“

Mit überwältigender Mehrheit hat der Bundestag dem Verfassungsvertrag der Europäischen Union zugestimmt.

In einer mehrstündigen Parlaments-Debatte haben sich Bundesregierung und Opposition nachdrücklich zu dem historischen Vertragswerk bekannt. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, würdigte den Vertrag als historische Chance für eine Festigung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Als Lehre aus den Katastrophen der beiden Weltkriege bleibe es ein Auftrag an die Nachgeborenen, Europa immer wieder aufs Neue als „Friedens- und Wertegemeinschaft“ zu stärken. „Dazu gibt es keine Alternative,“ betonte Angela Merkel. In diesem Zusammenhang machte die Vorsitzende deutlich, dass sich Deutschland und Frankreich als Motoren der europäischen Einigung erwiesen hätten.

Ausdrücklich dankte die Partei- und Fraktionsvorsitzende dem Präsidenten des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, aber auch Roman Herzog als einem der Väter der EU-Grundrechtecharta sowie Wolfgang



Foto: dpa

Schäuble und Karl Lamers, die bereits in den 90er Jahren von der Notwendigkeit gesprochen hätten, das Projekt Europa in einer Verfassung zu bündeln. Im Zuge dieser Diskussionen und Beratungen habe sich Europa seiner geistigen Grundlagen vergewissert. „Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit“ seien jetzt in der Präambel des Verfassungsvertrages fest verankert. Allerdings hätten das „jüdisch-christliche Erbe“ und ein klarer Gottesbezug stärker herausgestellt werden müssen, mahnte Merkel. Immerhin sei es ein Erfolg, dass erstmals der Status der Kirchen vertraglich abgesichert worden sei.

Angesichts der abnehmenden Zustimmungsraten zum europäischen Einigungswerk in der Bevölkerung müssten die Bürgerinnen

und Bürger immer wieder neu von seiner Notwendigkeit überzeugt werden, forderte die CDU-Vorsitzende. Dazu gehöre, dass sich Europa nur um die Aufgaben kümmere, die „über die Kraft der Nationalstaaten“ hinausgingen. Deshalb sei es ein Fortschritt, dass im Verfassungsvertrag das Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben worden sei. Außerdem wies Merkel auf die Stärkung des Demokratieprinzips, beispielsweise durch die Einführung der doppelten Mehrheit bei Abstimmungen im Rat, hin. Zugleich begrüßte sie die mit der Koalition erzielte Vereinbarung über die Beteiligungsrechte des Bundestags im Zusammenhang mit der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages.

Mit Blick auf das Spannungsverhältnis zwischen Vertiefung und Erweiterung plädierte sie für eine genaue Prüfung der Erweiterungskapazitäten Europas. Diese beruhen sowohl auf der Aufnahme-fähigkeit der EU als auch auf der Beitrittsfähigkeit möglicher Kandidaten. Die Union halte an der Privilegierten Partnerschaft mit der Türkei an der Stelle ihrer Vollmitgliedschaft fest.

Mittelstand macht mobil: Wechsel jetzt!



Spitzenkandidat zur NRW-Landtagswahl Jürgen Rüttgers

Unter diesem Motto lud die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalens in die Stadthalle nach Hagen ein.

1400 Interessierte, viele davon Unternehmer aus dem Mittelstand, waren der Einladung gefolgt und machten deutlich, dass insbesondere der Mittelstand jetzt auf einen Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen setze. Dies wurde auch in den Redebeiträgen deutlich. Neben dem Landtagskandidaten aus dem Wahlkreis Hagen, Helmut Diegel, der selbst als Unternehmer tätig ist, sprach auch Patrick Adenauer, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Der Enkel des ersten Bundeskanzlers stellte seinen „Sechs Punkte Plan“ für eine bessere Wirtschaftspolitik in NRW vor. Auch der Präsident des Einzelhandelsverbandes NRW, Friedrich G. Conzen aus Düsseldorf, zeig-

te auf, dass es für den Einzelhandel in NRW besserer Rahmenbedingungen bedürfe als sie die jetzige rot-grüne Landesregierung setzte. Franz-Josef Knieps, der Stellvertretende Vorsitzende des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages, sprach von der größten Wählerschicht, wenn man die Handwerker und die Beschäftigten im Handwerk auf seiner Seite hätte. Dies wäre aktuell der Fall: „Die CDU macht die bessere Politik für das Handwerk in NRW.“

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, sagte, dass auch die Bürgerinnen und Bürger in NRW erkannt hätten, dass die CDU die ehrlichere Politik vertrete. So passe das Reden und Handeln bei der SPD längst nicht mehr zusammen. Insbesondere bei der aktuellen Unternehmerschelte sei es doch bezeichnend, wie Mündtefering linke Wählerschich-

ten zurückgewinnen wolle. Seine rot-grüne Bundesregierung hat gleichzeitig jedoch die Änderungen bei Körperschaftssteuer und steuerfreien Verkäufen von Kapitalgesellschaft zu verantworten.

Besonderer Applaus galt dann dem Spitzenkandidaten der CDU für das Amt des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Jürgen Rüttgers. Er sprach den anwesenden Unternehmern Mut zu. Eine Situation wie sie nun vorherrsche, lasse sich zwar nur durch Ärmel hochkrepeln aller durchsetzen, er habe aber das Vertrauen, dass die Menschen in NRW dies gemeinsam mit der CDU schaffen können. Eine Politik für mehr Arbeitsplätze sei nur mit dem Mittelstand zu machen. Ihn gelte es zu fördern, damit die Unternehmer die Möglichkeit erhalten, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Diskussionsveranstaltung

„Jugend braucht Ausbildung“

Hunderttausende Jugendliche verlassen jedes Jahr ohne einen Abschluss die Schule. Mehr als 660.000 junge Frauen und Männer unter 25 Jahren sind derzeit arbeitslos. Jeder vierte Jugendliche bricht seine Ausbildung vorzeitig ab. Zugleich klagen Betriebe vermehrt über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger.

Anlass genug für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Rahmen der Diskussionsveranstaltung „Jugend braucht Ausbildung“ bessere schulische und berufliche Perspektiven für junge Menschen zu fordern.

In ihrer Begrüßung erinnerte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel daran, dass die gute Qualifizierung der Jugendlichen einmal zu den größten Standortvorteilen Deutschlands gehört habe. Vor allem das System der dualen Berufsausbildung habe eine tragende Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt. Seit der PISA-Studie mache sich jedoch Ernüchterung breit. Denn kein Land könne sich nur auf Bewährtem ausruhen.



Gerade mit Blick auf die wachsende Zahl junger Menschen in der Sozialhilfe müsse die Gesellschaft die Frage beantworten, womit Jugendliche in Zukunft ihr Geld verdienen können. Es sei offensichtlich, dass Deutschland seinen Wohlstand nur bewahren werde, wenn „wir so viel besser sind, wie wir teurer sind“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende in Anlehnung an Bundespräsident Köhler. Dazu müsse unsere Gesellschaft in weiten Teilen „große Offenheit für die neuen Technologien“ entwickeln.

Ausdrücklich forderte Angela Merkel bessere Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung und verwies dabei auf einen Gesetzentwurf der Unionsfraktion für eine Modernisierung der beruflichen Bildung.

Die Unionsfraktion wolle nicht nur über die Probleme junger Menschen sprechen, sondern mit Jugendlichen ins Gespräch kommen, betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Maria Böhmer: „Der beste Rohstoff unseres Landes ist in unseren Köpfen – und der muss veredelt werden.“ Nach dem PISA-Schock habe sich in den Schulen schon viel verändert, ist Böhmer überzeugt.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Martin Wansleben, appellierte an die Eigenverantwortung von Schülern, Eltern und Lehrern. Man dürfe nicht nur immer auf andere warten, sondern sei seines eigenen Glückes Schmied. Der DIHK werbe bei seinen Unternehmen stark dafür, viele Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Rot-Grün hat Deutschland zum Sicherheitsrisiko in Europa gemacht

Die Aussagen des Vizepräsidenten der EU-Kommission, Franco Frattini, haben der Visa-Affäre eine neue Dimension verliehen.

Kommissar Frattini hat vor dem Innenausschuss des Europäischen Parlaments ausgeführt, dass der Fischer/Volmer-Erlass (Erlass vom 3. März 2000) gegen EU-Recht verstößt. Damit hat die Europäische Kommission offiziell festgestellt, dass jahrelang durch die rot-grüne Bundesregierung europäisches

Verfassungsrecht gebrochen wurde. Denn mit dem Amsterdamer Vertrag wurde das Schengen-Recht zum 1. Mai 1999 vergemeinschaftet, also fast genau zehn Monate vor dem Fischer/Volmer-Erlass.

Damit ist die Arbeit des „Schleuser“-Untersuchungsausschusses an zwei ent-

SCHÄUBLE EMPFING VERTRETER DER DEUTSCHEN MINDERHEITEN POLENS

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, empfing im Deutschen Bundestag in Berlin die polnischen Parlamentarier Henryk Kroll und Helmut Paisdzior. Die beiden Abgeordneten, die im Sejm die rund 300.000 Personen zählende deutsche Minderheit vertreten, wurden von Stephan Raabe, dem Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, und dem Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter), begleitet.

In dem Gespräch erläuterten die Gäste die Situation der deutschen Minderheit in Polen und regten eine Intensivierung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den

jenseits von Oder und Neiße lebenden Deutschen an. So warben sie für einen Ausbau der moralischen und finanziellen Unterstützung für die Minderheit, die in jüngster Zeit durch Einschränkungen der Kulturförderung durch die rot-grüne Bundesregierung

und den Diskussionen um Entschädigungsforderungen und dem Zentrum gegen Vertreibungen erheblich unter Druck geraten ist. Sie erkundigten sich auch dahingehend nach den Perspektiven im Falle eines Regierungswechsels im kommenden Jahr.

Schäuble bekannte sich zu der bundesdeutschen Verantwortung gegenüber der deutschen Volksgrup-



(v.l.n.r.) Henryk Kroll, Helmut Sauer, Wolfgang Schäuble, Stephan Raabe und Helmut Paisdzior

pe in Polen und erklärte, dass es für deutsche Politiker eine Selbstverständlichkeit sein müsse, bei Besuchen in Polen nach Möglichkeit auch die Minderheit zu berücksichtigen, was bei der Bundesregierung aber leider selten der Fall sei. Im Übrigen hätten die Belange der Deutschen in Polen bei der CDU/CSU einen höheren Stellenwert als bei anderen Parteien.



Eckhart von Klæden



Dagmar Wöhr

scheidenden Stellen weiterkommen. Erstens: Im ersten Punkt des Einsetzungsbeschlusses wird der Untersuchungsausschuss beauftragt, zu prüfen, ob durch Mitglieder der Bundesregierung gegen geltendes Recht oder internationale Verpflichtungen verstoßen wurde. Der Rechtsverstoß steht nun amtlich fest. Zweitens: Der Versuch der Bundesregierung, insbesondere der Minister Fischer und Schily, den Visa-Skandal herunterzuspielen, ist endgültig gescheitert. Durch den Fischer/Volmer-Erlass ist Deutschland zu einem Sicherheitsrisiko für ganz Europa geworden!

Deutschland war im Zusammenhang mit dem Schengen-Vertrag der Sprachführer für sichere Außengrenzen. Außenminister Fischer hat den Schengen-Vertrag gebrochen und Deutschland zum Einfallstor für illegale Einwanderung mittels

Visa gemacht. Der Bruch europäischen Verfassungsrechts ist nunmehr zum Markenzeichen der Regierung Schröder/Fischer geworden!

Eckart von Klæden ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 2. Untersuchungsausschuss („Visa-Ausschuss“) der 15. Wahlperiode.

Mit Eisenbahnschranke gegen Flugzeuge

Die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen ist ein populistischer Etikettenschwindel mit schweren Nebenwirkungen für unsere Wirtschaft.

Es ist bei weitem nicht das drin, was drauf steht: Was als Illusion von Arbeitsplatzsicherheit und Schutz vor ausländischen Billigkräften verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein massives Jobvernichtungsprogramm vor allem für Geringqualifizierte und Jugendliche. Ausgerechnet denjenigen, denen wir Brücken ins Arbeitsleben bauen müssten, werden nun aus dem Arbeitsmarkt katapultiert. Wir brauchen keine gesetzlichen oder tariflichen Mindestlöhne in Deutschland, sondern einen Niedriglohnssektor, in dem auch Menschen mit niedriger Pro-

duktivität die Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten.

Wenn jetzt die Bundesregierung den Weg zur Einführung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für die gesamte deutsche Wirtschaft freimacht, werden künftig auf Geheiß des Wirtschaftsministers auch noch jene Mittelständler dem Tariffkartell unterstellt, die sich dessen Zwang bisher entzogen haben. Drangsalierung statt Flexibilisierung wird noch mehr Unternehmen ins Ausland treiben, Schwarzarbeit und Arbeitsplatzabbau fördern.

Gegen Billigarbeitskräfte aus dem Ausland hilft ein generelles Entsendegesetz genauso wenig wie eine Eisenbahnschranke gegen Flugzeuge. In der Regel kommen diese nämlich als (Schein-)Selbstständige und nicht als entsandte Arbeitnehmer nach Deutschland.

Wir brauchen keinen blind-

den Aktionismus, sondern erst einmal konkrete Erkenntnisse darüber, inwieweit und in welchen Branchen Lohndumping und Missbrauch bestehen. Erst dann kann man gezielt die geeigneten Instrumente einsetzen. Um die Missbrauchstatbestände abzustellen, muss die Bundesregierung alle Möglichkeiten der verstärkten Kontrollen bei illegaler Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit unverzüglich anwenden.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rechtsbereinigung – stumpfe Waffe im Bürokratie-Kampf

Der Kabinettsbeschluss, eine umfassende Rechtsbereinigung aller Bundesressorts durchzuführen, ist einmal mehr Beweis dafür, dass die Bundesregierung beim Bürokratieabbau wirksame Taten vermissen lässt.

Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl sollte die Bundesregierung der Wirtschaft endlich die immer wieder versprochenen bürokratischen Erleichterungen gewähren, ohne die der Standort Deutschland einfach nicht attraktiver wird.



Michael Fuchs

Die groß angelegte Rechtsbereinigungsinitiative, die in fehlender Abstimmung mit den Ländern durchgeführt worden ist, hat lediglich Placebowirkung. Vorschriften ohne jede Wirkung werden entsorgt. Ein tiefes Abtauchen in die Gesetzesarchive hat uralte Texte zu Tage befördert: So wird eine „Verordnungsermächtigung“ für Kaiser Wilhelm II. „zur Regelung der Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst“ abgeschafft. Ebenfalls nicht mehr gegeben wird es die „Verordnung über die Auszahlung des Ehrensoldes für Träger höchster Kriegsauszeichnungen des Ersten Weltkrieges“ oder das „Reichsjagdgesetz von 1934“.

Warum diese Entrümpelung nicht zu Beginn der Initiative Bürokratieabbau, damals noch Masterplan genannt, erfolgte, ist eine be-

rechtigte Frage. Mittlerweile sollten längst dickere Bürokratiebretter gebohrt werden, wie etwa im Arbeitsrecht, im Betriebsverfassungsrecht, bei den Genehmigungsverfahren oder bei den Statistikpflichten.

Hinzu kommt, dass der bundesdeutsche Normbestand mit 2.099 Gesetzen und 3.134 Rechtsverordnungen mit insgesamt 87.558 Einzelvorschriften weiter beängstigend hoch ist und dass ständig neue bürokratische Vorschriften erlassen werden. Man denke etwas an das Antidiskriminierungsgesetz oder das Energiewirtschaftsgesetz.

Michael Fuchs ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bürokratieabbau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Aktuelle Dokumentationen und Hintergrundinfos:

Vertrag über eine Verfassung für Europa Entscheidung des Deutschen Bundestages über das Ratifikationsgesetz (Stand 4. Mai)

Ergebnisse des Vermittlungsausschusses (Stand 21. April)

Auf www.cducusu.de



Der inneren Einheit verpflichtet

Unterstützung durch Partnerschaften

Während der Bundeskanzler das Zusammenwachsen Deutschlands statt zur Chefsache eher zur Nebensache erklärt, lässt die Senioren-Union Taten sprechen.

Nach dem Motto „Gemeinsam geht es besser“ wurde gleich nach der Wiedervereinigung die erste Kreisverbändepartnerschaft ins Leben gerufen. Was 1990 mit einer ersten Partnerschaft zwischen Cottbus und Hagen begann, hat sich schnell zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Mittlerweile gibt es 100 Partnerschaften zwischen Verbänden aus den Alten und Neuen Bundesländern.

Sich dem Versprechen aus der Magdeburger Erklärung vom September 1992 „Wir haben die deutsche Einheit angenommen und müssen sie verfestigen und vertiefen“ verpflichtet, hat die Senioren Union in den vergangenen Jahren verbändeübergreifend zahlreiche Aktionen durchgeführt. Nach der Devise „Stillstand wäre Rückschritt“ will die Senioren-Union zukünftig darüber hinaus der politischen Arbeit mehr Raum geben. „Hauptaufgabe war und ist natürlich, durch Kennenlernen, An-



Leonhard Kuckart, Landesvorsitzender der SU NRW, Oskar Pahnke und Lothar Kühnel, Partnerschaftsbeauftragte von NRW und Brandenburg. Dieter Helm, Landesvorsitzender der SU Brandenburg (von rechts nach links) auf dem 15. Partnerschaftsseminar in Radbusch im Oberspreewald-Lausitz-Kreis.

freunden und gegenseitigem Verstehenlernen die Innere Einheit Deutschlands zu fördern. Gegenseitige Freundschaftsbesuche allein reichen aber nicht aus,“ erklärte Oskar Pahnke, Ehrenmitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union und zuständig für den Arbeitskreis Partnerschaften. Deshalb beschlossen die Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg, weitere Partnerschaften innerhalb der Senioren-Union zu gründen und in den bestehenden nicht nur die Zusammenarbeit zu stärken und auszudehnen, sondern den Gedanken partnerschaftlicher Hilfe nach Möglichkeit auf weitere Vereini-

gungen der CDU auszuweiten. Damit sollen hauptsächlich die Partner im Osten gestärkt werden.

Ein erstes Beispiel dazu ist die feierliche Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages zwischen der Jungen Union des Kreises Hagen mit dem JU-Kreisverband Dahme-Spreewald, bei dessen Unterzeichnung der Generalsekretär der CDU Brandenburg, Sven Petke, anwesend war.

Fragen zum Partnerschaftsprogramm bitte an:

Oskar Pahnke, Felsental
17a, 58093 Hagen,
Tel.: 02331/51833,
Fax: 02331/ 591141

Aktionswochen-Chat

Frauen Union steht Rede und Antwort

Ist die Pille wirklich sicher?
Ist es unnormal, wenn man
mit 17 noch nicht mit einem
Jungen geschlafen hat?
Kann man während der Re-
gel schwanger werden?

Mit ihren Fragen sind junge Mädchen oft allein gelassen. Was sie brauchen ist Selbstbewusstsein, Informationen über Beziehungsaspekte oder über ganz praktische Probleme, wertschätzende Kenntnisse über den eigenen Körper. Was sie bekommen ist zu späte schulische Sexualaufklärung, die oft nur biologisches Wissen vermittelt, allgegenwärtige Sexualität in den Medien, eine unüberschaubare Zahl von Tipps zur Gestaltung des Liebeslebens und eine fast immer völlig unvorbereitete Konfrontation mit dem „ersten Mal“.

In einem Internet-Chat der Frauen Union, der Teil der FU-Aktionswoche „Teenagerschwangerschaften“ zum Muttertag war, standen Expertinnen Schülerinnen und Schülern, aber auch Eltern mit Rat und Tipps rund um's Thema Teenager und Sexualität zur Seite. Dr. Gisela Gille, Vorsitzende der Ärztlichen Gesellschaft zur Gesundheitsförderung der



Frau, Michaela Noll MdB, Mitglied im Familienausschuss des Deutschen Bundestages, und Dr. Kamilla Bühring, Bundesvorstandsmitglied der Frauen Union, beantworteten die zahlreichen Fragen. Noll und Bühring leiten die Arbeitsgruppe „Kinder bekommen Kinder“ im FU-Bundesvorstand.

Das Ziel der Aktion: Auf Teenagerschwangerschaften und die damit verbundenen Problemaufmerksam zu ma-

chen. Einen großen Schwerpunkt bildet dabei die Prävention. Denn die Zahl minderjähriger Mädchen, die ungewollt schwanger werden, steigt

ungebremst. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen nimmt rapide zu. Viele Schülerinnen, die Mutter werden, sind selbst nicht einmal 14 Jahre alt. Das Risiko, im Kindbett zu sterben, ist in diesem Alter fünfmal so hoch. Immer mehr Jugendliche haben bereits sehr früh die ersten sexuellen Kontakte, halten sich selbst für aufgeklärt. Allerdings haben sie verblüffend wenige Kenntnisse über die Abläufe im eigenen Körper und über die eigene Fruchtbarkeit. Die Frauen Union will Mädchen helfen, stark zu sein und selbstbewusst mit ihrem eigenen Körper umzugehen.

Initiation 01.05.2008 17:11	Dem nochmals herzlich Dank an alle Chatter und die Expertinnen! Schönen Abend!
Dr. Inel Gille 01.05.2008 17:11	Aufklärung via Chat ist sehr gut möglich, macht Spaß und ist daher eher. Technisch
Dr. Inel Bühring 01.05.2008 17:12	Vielen Dank für die nice Teilnahme und die interessanten Anregungen. Tschüß! Ihre Dr. Bühring
Michaela_Noll_MdB 01.05.2008 17:12	schade, die Zeit ist bereits rum. Vielleicht bis bald Ihre Michaela Noll
Michaela_Noll_MdB 01.05.2008 17:12	an Rannica: keine Anregung gebe ich gerne weiter!
Michaela_Noll_MdB 01.05.2008 17:12	so Bitte heute wieder einen Augenblick zu dem Thema bei Facebookaus der den Linksetzenden ist dem Thema so sehr groß. Nachher werden sie auch nach der Aktionswoche bei dessen nächster Thema am Fuß bleiben.
Dr. Inel Bühring 01.05.2008 17:12	An Madsen:GUT! die haben Recht, aber meistens sind die beiden Partner in jungen Jahren durch in diesen besonderen Situation erst vorerst.
Rannica 01.05.2008 17:12	Frau Noll: Wenn gibt es auf der CDC/US-Homepage endlich eine Rubrik über die Eltern?
Dr. Inel Bühring 01.05.2008 17:12	An Rannica: Das heißt: Selbstbestimmt wird viele junge Mädchen unter Druck. Wir wären aber junge Mädchen auch mehr, dass sie zu ihrem Körper stehen.

Den kompletten Chat finden Sie auf www.frauenunion.de

Auf zum Endspurt!



„Signal für den Wechsel“ – so lautet der Spruch auf der Fingerklingel. – Genau richtig für NRW – Der ideale Aktionsartikel für ihren letzten Straßen-Canvassing!

Fingerklingel

Der trendige Artikel für Skater, Skooterroller und Rollerbladfahrer. Mit Klettverschluss für einen festen Sitz.

Bestell-Nummer: **9825**

Preis je **5 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



Aufkleber „Rot-Grün macht sauer!“

Bestell-Nummer: **9994**

Preis je **100 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



Streichhölzer

Bestell-Nummer: **9831**

Preis je **100 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**

Preis je **Box: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €

**Aktionszeitung, Bundesausgabe
2/2005**

Bestell-Nummer: **1013**
 Preis je **250 Stück: 18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €



**Leporello „Anpacken statt abwarten!
50 Ideen für mehr Wachstum“**

Bestell-Nummer: **2195**
 Preis je **50 Stück: 9,00 €**
 inkl. MwSt.: 9,63 €



**Leporello
„So entstehen neue Jobs.“**

Bestell-Nummer: **2171**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Danke für Ihr Vertrauen

Plakat-Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Bestell-Nummer: **8196**

Preis je **250 Stück: 20,20 €**

inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 0 52 41-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de